

niertes Raketenabwehrsystem, welches, ähnlich dem Todesstern, auf Laserbasis funktionieren sollte, wurde es von den Gegnern des Vorschlags kurzerhand »Star Wars« getauft. Den Fans der ersten *Star Wars*-Trilogie muss die Ironie in Reagans Vorschlag sofort klar gewesen sein. Nach dem geschichtlichen Verständnis von George Lucas gibt es keine endgültige Lösung

durch Technologie. So wie schwache Demokratien und Ritter werden aber auch Superwaffen immer wieder zurückkehren.

(Übersetzung aus dem Englischen von Julian Heidenreich)

Das Erwachen der Macht, die siebte Episode der *Star Wars*-Saga, wird voraussichtlich am 17. Dezember 2015 in den deutschen Kinos anlaufen.



Nancy Reagan

ist Professorin für Geschichte an der Pace University in New York. Sie hat mehrere Anthologien über die Verwendung von Geschichtsmodellen in Fantasy und Science Fiction veröffentlicht, zuletzt *The Hobbit and History*.

Johano Strasser

Demokratie – ein Standortnachteil?

Die demokratischen Staaten des Westens gehören zugleich zu den wohlhabendsten Staaten der Welt. Ein Zufall ist das sicher nicht. Was da was bedingt, ob der Wohlstand von den demokratischen Verhältnissen oder umgekehrt die Demokratie vom Wohlstand gefördert wird, ist schwer zu entscheiden. Wahrscheinlich ist ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis: Wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand schaffen die Voraussetzungen für eine Kultur der Freiheit, und im Klima der Freiheit können sich alle Talente besser entfalten, setzt sich im Prozess aus Versuch und Irrtum zumeist das Bessere durch, so dass der Wohlstand weiter wächst.

So in etwa würden es auch heute noch die Festredner nahezu aller Parteien und Professionen darstellen, wenn aus feierlichem Anlass Grundsätzliches angesagt ist. Vor allem, wenn es darum geht, die Vorbildhaftigkeit der Bundesrepublik oder des Westens insgesamt gegenüber anderen Weltgegenden herauszustreichen.

Immer mehr Politiker, Verbandsvertreter, Unternehmer und Publizisten, Medienvertreter und Medienverbraucher schei-

nen aber nicht mehr so recht an das zu glauben, was bei festlichen Gelegenheiten unserer Demokratie nachgerühmt wird: dass sie nämlich der angemessene Rahmen für eine gedeihliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft sei. Immer häufiger hören wir heute, dass *gehandelt* werden sollte, statt zu diskutieren, dass das Partizipationsbegehren der Bürger sachgerechte Problemlösungen erschwere, dass Laien den Experten tunlichst nicht dreinzureden hätten, dass die umständliche Demokratie das erforderliche schnelle und zielgerichtete Handeln behindere, dass Entschlossenheit und Geschlossenheit wichtiger seien als demokratische Verfahren und Legitimität.

Unter dem Ansturm der neoliberalen Propaganda sind nicht nur die Westwelle-Rösler-Lindner-Liberalen, sondern auch die meisten früher so staatsfrommen Konservativen und manche Kritiker aus den Milieus der politischen Mitte zu Skeptikern des demokratischen Staates geworden, und immer häufiger wird aus der modischen Staatsfeindschaft eine mehr oder weniger offene Ablehnung der Demokra-

tie. In den Chefetagen mancher Großkonzerne werden heute Parlamente wieder, wie in der Endphase der Weimarer Republik, als »Quasselbuden« bezeichnet, Politiker, die Rücksicht auf die Meinung, die Sorgen, Wünsche und die Bedenken ihrer Wähler nehmen, gelten als Schwächlinge, Andersdenkende und protestierende Bürger als inkompetente Nörgler und Störenfriede. Und wenn die Komplexität der Probleme die demokratischen Institutionen zu überfordern droht wie zur Zeit bei der Flüchtlingsfrage, ertönt hier und da – nicht nur auf der Straße, sondern auch im Salon – wieder der Ruf nach dem »starken Mann«, der ohne viel Rücksicht auf das Parlament, seine Partei, seine Wähler, die Betroffenen das Notwendige tut.

Anfang des Jahres hat das Göttinger Institut für Demokratieforschung unter dem Titel *Sprachlose Elite? Wie Unternehmer Politik und Gesellschaft sehen* eine Untersuchung zum Gesellschafts- und Demokratieverständnis von Unternehmen veröffentlicht. In 160 Interviews befragte das Forscherteam Gesellschafter, Vorstände, Geschäftsführer und Unternehmer zu ihren Werten, ihrer Selbstwahrnehmung, ihrem Blick auf Gesellschaft und Politik. Was dabei herauskam, ist einigermaßen alarmierend. Zwar werden Sozialdemokraten und Gewerkschafter – u.a. wohl als Reaktion auf Gerhard Schröders Agenda-Politik – nicht mehr durchweg als bedrohliche Feinde wahrgenommen, aber dafür ist das Verhältnis zu den Medien kaum weniger von Angst und Verachtung geprägt als bei den Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen.

Besonders besorgniserregend ist die Haltung der ökonomischen Elite zur Demokratie. Zwar lehnen die Befragten totalitäre Diktaturen zumeist ab, aber bezüglich China zeigt sich bei der Mehrzahl eine merkwürdige Mischung von »Distanz und Faszination, Ablehnung und Neugierde«. Nicht wenige halten es durchaus für möglich, dass ein Land wie China dauerhaft

eine größere wirtschaftliche Dynamik entwickelt als die westlichen Demokratien und könnten sich mit einem modernen Kapitalismus »mit weniger Demokratie bei allerdings stabiler und auch transnational konstituierter Rechtsstaatlichkeit« anfreunden (so die vom Göttinger Institut herausgegebene Zusammenfassung der Studie). Es versteht sich nach alledem fast von selbst, dass die Ergänzung der parlamentarischen Demokratie durch erweiterte Formen direktdemokratischer Mitwirkung der Bevölkerung auf allen Ebenen bei Unternehmern ziemlich einhellig auf Ablehnung stößt. Wenn schon Demokratie, so könnte man deren Haltung zusammenfassen, dann eine, in der das politische Geschäft von sachkundigen und verantwortungsbewussten und möglichst parteifernen Eliten wahrgenommen wird.

Der Hintergrund für diesen im Ganzen doch markanten Bewusstseinswandel ist die sich weiter verschärfende Standortkonkurrenz, genauer: die Angst, dass Deutschland oder die EU gegenüber anderen Ländern – USA, China, Indien – ins Hintertreffen geraten könne, wenn man sich nicht schnell genug auf die neuen Bedingungen in der globalisierten Welt einstelle. Schnell, immer schneller müsse dieser Anpassungsprozess erfolgen, sagen uns die Experten der Finanzwelt, die Globalisierungspropheten, sagen uns die Vertreter der meisten nationalen und europäischen Exekutiven, schneller jedenfalls, als die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der Demokratie sein können.

In einer solchen Situation scheint es ratsam, nicht allzu viel Zeit mit den Umständlichkeiten der Demokratie, mit der Überzeugung der Menschen, der Gewinnung von Mehrheiten zu vergeuden. Welche Maßnahme ergriffen, welche Reform angepackt wird, immer heißt es: Es gibt keine Alternative, und wo es keine Alternative gibt, gibt es auch nichts zu diskutieren. Nirgends ist dies deutlicher geworden als in der diktatorischen Art, wie einige nationale

Regierungen, voran die deutsche, im Bunde mit der EZB, dem Internationalen Währungsfonds und dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe Jeroen Dijsselbloem jüngst der Regierung von Alexis Tsipras entgegen dem deutlichen Votum der griechischen Bevölkerung die Fortsetzung der neoliberalen Austeritätspolitik aufzwingen.

Den »Ruckrednern« und den Fans »drastischer Maßnahmen« und »harter Einschnitte« mag dies gefallen haben. Aber der Ruck, der drastische Kurswechsel, das sind Bewegungsarten, die der Demokratie wesensfremd sind. Die Demokratie ist unvermeidlich umwegig. Demokratische Entscheidungen fallen erst nach umständlichen Erörterungen des Für und Wider, oft nach hitzigen Diskussionen und schwierigen Aushandlungsprozessen. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Entscheidungen auch von den Unterlegenen als legitim angesehen werden und für die Bürger tatsächlich bindend sind. Und nur wenn die Bürger die Entscheidung als legitim erachten, werden sie von ihnen auch mitgetragen, kann auf Dauer der gesellschaftliche Friede gesichert werden.

Dass in aller Regel die umständliche und langsame Demokratie zu besseren Ergebnissen führt als jede Form autoritärer Elitenherrschaft, diese historische Erfahrung wird heute wieder von vielen verdrängt. Immer häufiger werden wieder schneidige Abkürzungswege empfohlen, von denen wir eigentlich wissen sollten, dass sie allzu leicht dazu führen, dass wichtige Problemaspekte übersehen, legitime Interessen unterschlagen und die Folgewirkungen unseres Tuns falsch eingeschätzt werden. Als hätten wir nicht oft genug ausbaden müssen, was angeblich unfehlbare Experten mit ihren Prognosen und Empfehlungen und schneidige Macher mit ihren Parforceritten uns einbrockten!

Aber im neoliberalen Klima der Zeit glauben viele, dass die meisten, wenn nicht alle Dinge durch den Markt besser geregelt würden als durch die Demokratie. Politi-

ker, die dieser Ideologie anhängen, betreiben seit Jahren mehr oder weniger offen eine kontinuierliche Selbstentmachtung der Politik, genauer: der Demokratie, wohl auch in der irrigen Hoffnung, sich so ihrer Verantwortung zum Teil entziehen zu können. Immer mehr Entscheidungen werden der Diskussion und Beschlussfassung demokratischer Gremien entzogen und den Gesetzen des Marktes, in Wahrheit natürlich den selbsternannten und durchaus nicht interesselosen Wächtern dieser Gesetze, überlassen. Unter Umgehung der Parlamente werden internationale Verträge ausgehandelt, wichtige Kompetenzen an demokratisch nicht legitimierte Gremien wie die angeblich politisch neutrale EZB übertragen. Die für die Politik auf allen Ebenen eminent bedeutsamen finanzpolitischen Entscheidungen fallen heute in Gremien, die sich fast ganz der demokratischen Kontrolle entziehen. Das Unrecht des Parlamentarismus, die demokratische Beschlussfassung über die Besteuerung der Bürger, ist de facto längst kassiert.

Auf diese Weise etabliert sich immer offener eine kaum noch demokratisch kontrollierbare Technokratie. Möglich ist dies, weil in den meisten Ländern die abgehängte Unterschicht sich längst entmutigt von der Politik abgewandt hat und ein Großteil der Mittelschicht in der Rushhour des Lebens gar nicht mehr die Zeit findet, sich einzumischen. Meist sind die staatlichen Exekutiven der führenden Länder durch hohe Ministerialbeamte an wichtigen Entscheidungen im vorparlamentarischen Raum beteiligt. Aber diese Beamten werden nicht gewählt, genauso wenig wie die Analysten der Wall Street und die Fondsmanager, die mit ihren Ratings und Kreditempfehlungen oft allein bestimmen, wie die Rentenversicherung, das Gesundheitswesen oder das Bildungssystem eines Landes auszusehen hat. Über 70 % der Gesetze, die z.B. der Deutsche Bundestag verabschiedet, bestätigen nur, was zuvor auf der Ebene der Europäischen Union

oder in anderen internationalen Gremien – zumeist in allenfalls halbdemokratischen Verfahren und fast immer ohne öffentliche Diskussion – beschlossen wurde.

Kurzfristig mag so etwas halbwegs gutgehen, aber in mittlerer und längerer Frist endet die Ausschaltung demokratischer Kontrollen und die Verwandlung von Parlamenten in Akklamationsorgane, wie die Geschichte der untergegangenen Sowjetunion demonstriert hat und wie es sich bald auch am gepriesenen Boomland China erneut erweisen könnte, in einem Fiasko der Ineffizienz und der Inkompetenz. Darum sollten sich die Europäer nicht einreden lassen, dass Demokratie in der globalisierten Welt ein Standortnachteil ist. Vielmehr sollten sie nach mehreren Runden der Erweiterung und als Beitrag zur Überwindung der gegenwärtigen Krise der EU entschlossen an ihre demokratische Vertiefung gehen.

Demokratische Vertiefung kann und darf aber nicht heißen, aus Europa einen bürgerfernen Zentralstaat zu machen. Vielmehr kommt es darauf an, eine wirkliche *Mehrebenendemokratie* zu installieren, für die es keine historischen Vorbilder gibt. Nur durch eine klare Kompetenzverteilung, die den unteren Ebenen, den Gemeinden, den Ländern oder Regionen und den nationalen Staaten autonome demokratische Handlungsmöglichkeiten lässt, und durch die wirksame demokratische Kontrolle der auf der Ebene der EU zu fällenden Entscheidungen mittels eines Europaparlaments mit Budgetrecht und Gesetzesinitiative und eines zur Zweiten Kammer erweiterten Europarats kann dem – gerade wegen der institutionellen Schwäche der EU – wachsenden Zentralismus in der EU begegnet werden.

Im geltenden Grundsatzprogramm der SPD heißt es hierzu: »Wir wollen ein föderales Europa, in dem neben dem Parlament die Nationalstaaten an der Gesetzgebung beteiligt sind. Was die Menschen vor Ort, in der Region, in einem Land betrifft, ge-

hört in ihre politische Zuständigkeit, damit bürgernah entschieden werden kann. Dieses Prinzip darf durch europäische Regeln nicht ausgehebelt werden. (...) Das Europäische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen. Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden.«

Das ist ein klarer Auftrag an die Politiker der SPD und eine Wegweisung, die auch über die Parteiengrenzen hinweg überzeugend wirken kann. Denn die hier skizzierte Weiterentwicklung des europäischen Institutionengefüges dient einerseits der Wahrung des größten Reichtums Europas, nämlich seiner historisch gewachsenen kulturellen Vielfalt, und weist zum anderen einen Weg, auf dem die Handlungsfähigkeit der Union und damit ihre Fähigkeit zur Selbstbehauptung in der globalisierten Welt vergrößert werden kann, während gleichzeitig die demokratische Kontrolle ihrer Exekutive verbessert und damit die Legitimität ihrer Entscheidungen erhöht wird.

Ein solches föderales Europa wird (hoffentlich) stets ein Europa von Bürgern sein, die verschiedene, am besten mehrere Sprachen sprechen, die die gemeinsame europäische Geschichte in je eigenem Licht betrachten und sich weigern, das, was sie selbst vernünftig regeln können, in die Verantwortung bürgerferner Institutionen abzugeben. Dies schließt aber keineswegs aus, dass man das, was nur gemeinsam vernünftig geregelt werden kann, auch gemeinsam regelt. Die Überhöhung der nationalen Identität zu einer essenziellen Kategorie ist eine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Man kann ohne Weiteres Pole, Italiener, Franzose, Deutscher, ja, man kann sogar Engländer sein *und* engagierter Europäer. Man *kann* und man *sollte* es sein. Denn nur eine starke und vielgliedrige Union kann das vielfältige Erbe Europas gegen

die gleichmacherische Tendenz des globalen Finanzkapitalismus bewahren und produktiv weiterentwickeln; nur eine solche Union kann verhindern, dass die Demokratie auf unserem Kontinent im-

mer mehr zur Scheindemokratie verkommt oder, wie in Ungarn, in offen autoritäre Herrschaft abgeleitet und die Bürger von Subjekten der Politik immer mehr zu ihren Objekten werden.



Johano Strasser

ist Politologe, Publizist und Schriftsteller und war von 2002 bis 2013 Präsident des PEN-Zentrums Deutschland. Soeben im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienen: *Das Drama des Fortschritts*.

johano.strasser@t-online.de

Barbara Strohschein

Die Wirkung von Kränkungen

Heimliche Macht der Werte und Entwertungen

Eine einfach klingende Frage: Weshalb tun sich Menschen Gewalt an? Sie fühlen sich entwertet und verschaffen sich durch Gewaltausübung Macht über den, der sie entwertet. Dieser Teufelskreis betrifft nicht nur physische Gewalt durch aggressive Taten, sondern auch psychische Gewalt durch verletzendende Worte. Und er setzt sich in persönlichen Beziehungen ebenso wie in politisch-kriegerischen Auseinandersetzungen in Gang – auch wenn Kriege aus anderen Motiven als aus Kränkungen geführt werden.

Die Dynamik, von der hier die Rede sein wird, ist einfach und sehr komplex zugleich. Wer sich entwertet fühlt, ist gekränkt. Die Entwertung wie die daraus folgende Kränkung wird meist nicht bewusst wahrgenommen und wird als Motiv für Aggressivität nicht kommuniziert. Sich gekränkt zu fühlen beschämt und macht wütend. Dass diese Scham nicht eingestanden wird, ist nur allzu verständlich. Wer sich schämt, fühlt sich schwach und unterlegen – und bringt die damit verbundenen Gefühle nicht zur Sprache. So liegt über der Kränkung ein Tabu, das erschwert, sich über die Wechselwirkung von Entwertung

und Gewalt bewusst zu werden – auf der politischen wie individuellen Ebene.

Wenn Menschen fliehen müssen, erleben sie per se eine Entwertung. Sie verlieren ihre Heimat, ihre Kultur. Ihre Identität ist infrage gestellt. Sie gelten in dem Einwanderungsland für viele Einheimische weit eher als Zumutung und Belastung – so wie es fast immer in der Geschichte der Fall war – denn als Gewinn. Welcher »Wert« wird ihnen schon als Fremde zugestanden? Verwendbare Arbeitskräfte? Störenfriede mit anderen Sitten, die man erdulden muss?

Es hat eine lange Geschichte, dass Menschen sich gegenseitig aus unterschiedlichen Glaubensrichtungen entwerten – am Ende gar gegenseitig umbringen. In der Weltpolitik geht es unentwegt um die Frage, wer übt mit welchem Recht über einen anderen Staat Macht aus; aufgrund welcher »Werte«, die jeweils gelten? Doch nicht nur in der globalen Politik wirkt dieser Entwertungsmechanismus, sondern ebenso und nachhaltig im sozialen Alltag, in der Gesellschaft. Entwertung macht den Menschen überall zu schaffen: in der Fa-

*Schauplätze
der Entwertung*